

Pressemitteilung

Sofortvollzug angeordnet - Bündnis kündigt Widerstand gegen rollende Bagger an

Mainz / Wiesbaden, 05.05.2009: "Bedauerlich aber leider wenig überraschend" kommentiert Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden die Entscheidung der SGD-Süd zum Erlass der ersten Teilgenehmigung und der Anordnung deren Sofortvollzugs. "Wir hätten uns diese weitere Eskalationsstufe gerne erspart - sind aber bestens gerüstet für die jetzt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Region Mainz und Wiesbaden einzulegenden Schritte. Wir haben ein exzellentes Anwaltsteam, das nun im verwaltungsgerichtlichen Eilverfahren beantragen wird, den Baubeginn zu stoppen. Wir sind überzeugt davon, dass uns dies gelingen wird. Die Vernunft streitet hier auf unserer Seite", so Marc Legg weiter."

"Wir finden es bedenklich, dass sich die Genehmigungsbehörde kritiklos die sehr fragwürdige Argumentation der KMW hinsichtlich des öffentlichen und privaten Interesses an einem Sofortvollzug der ersten Teilbaugenehmigung übernommen hat. Spätestens damit ist aus unserer Sicht deutlich geworden, dass die Behörde hier nicht sachlich entscheidet, sondern sich dem politischen Druck beugt. Es gibt keine Stromversorgungslücke in Rheinland-Pfalz. Die Behörde hat in rechtlich fehlerhafte Weise ausschließlich auf die nationale Versorgungslage abgestellt und dabei übersehen, dass der europäische Strommarkt liberalisiert ist und dies in die Betrachtung hätte miteinbezogen werden müssen. Selbst aber wenn eine Stromversorgungslücke zu bejahen wäre, ist es nicht Aufgabe eines kleinen kommunalen Unternehmens, diese unter einem hohen Kostenrisiko für die Städte Mainz und Wiesbaden zu füllen. Dass die KMW ein Kraftwerk zu einem Preis von 1,2 Mrd. EUR bestellt hat, ohne zuvor die Finanzierung zu klären und ohne zuvor eine Baugenehmigung beantragt zu haben, kann in rechtlicher Hinsicht das private Interesse an einem Sofortvollzug nicht rechtfertigen", so Carl Christian Müller, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied im Bündnis.

„Wir sind uns der Tragweite der Entscheidung bewusst und stellen fest: Das ist kein guter Tag für die Städte Mainz und Wiesbaden - hier wurde eindeutig gegen deren ausdrücklich und mehrfach erklärten Willen gehandelt. Mit jedem Tag, mit dem jetzt - letztlich öffentliche - Gelder auf den Bau verwendet werden, wird der bereits jetzt angerichtete Schaden größer. Die Teilbaugenehmigung ist tatsächlich rechtswidrig, was uns die von uns beauftragten Anwälte bestätigt haben. Wir sind davon überzeugt, dass spätestens das Bundesverwaltungsgericht dies feststellen wird. Dann muss zurückgebaut werden. Das würde das Aus für das kommunale Unternehmen KMW bedeuten“, ergänzt Meinrad von Engelberg, 2. Vorsitzender des Bündnisses. „Wir werden daher vor den Verwaltungsgerichten gegen die sofortige Vollziehung vorgehen, um zu erreichen, dass die Bagger nicht rollen, bis alle offenen Fragen geklärt sind. Eine Politik der „vollendeten Tatsachen“ wird von der Öffentlichkeit in einer derart umstrittenen Frage nicht hingenommen.“

„Dass der verantwortungsvolle Umgang mit kommunalen Unternehmen in der Stadt Mainz nicht gerade groß geschrieben wird, ist aber spätestens nach der Wohnbauleite ja kein Geheimnis mehr“, so Marc Legg weiter. „Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass die Entscheidung hat so lange auf sich warten lassen, nachdem die KMW den Baubeginn für Ende 2008 angekündigt hatte. Das ist für uns, die wir uns sehr lange mit der Machbarkeit des Projektes auseinandergesetzt haben, ausschließlich mit Problemen bei der Finanzierung zu erklären“, so Marc Legg weiter. „Denn nach wie vor dürfen wir unwidersprochen behaupten, dass die KMW bei dem 1,3 Mrd. Euro Projekt Schwierigkeiten hat, Partner zu finden, das Projekt zu finanzieren. Das macht den Baustart nun noch riskanter“, so Marc Legg abschließend.